

## Haushaltsrede 2016

(Es gilt das gesprochene Wort)

Ist es Naivität, Blauäugigkeit oder eine konsequente Weigerung, die finanzielle Realität in der Gemeinde Grafschaft wahrzunehmen? Wie ist es zu erklären, dass die CDU angesichts der dargestellten Haushaltslage noch einen Antrag über den zusätzlichen Bau eines zweiten Kunstrasenplatzes in Vettelhoven mit geschätzten Nettokosten für die Gemeinde von über 800 T € beantragt hat.

An dieser Stelle möchte ich über die Motivationslage bei der CDU nicht weiter spekulieren. Die Antwort, um es in Anlehnung an Innenminister Thomas de Maiziere zu sagen, würde in Teilen die Bevölkerung beunruhigen.

Objektiv und verantwortlich beurteilt, kann diese Maßnahme, so verständlich sie aus Sicht des betroffenen Vereins sein mag, leider nicht mehr kurzfristig in den Haushalt 2016 aufgenommen werden. Wir sind froh, dass bei einer Mehrheit im Rat die ökonomische Vernunft gesiegt hat.

Trotz der Steigerung der Netto-Steuereinnahmen um 1,3 Millionen € auf nunmehr stolze 6,6 Millionen €, also den wiederum höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten, trotz Gewerbesteuererinnahmen auf dem Höchststand von 5,4 Millionen € ist es uns wieder nicht gelungen weder den Ergebnis- noch den Finanzhaushalt auszugleichen.

Wir haben keine Nettoinvestitionsrate mit der wir Maßnahmen mit Eigenmitteln finanzieren könnten, da wir noch nicht einmal genügend Geld für unsere Tilgungen erwirtschaften. Wir müssen Kredite aufnehmen, damit wir unsere ordentliche Verwaltungstätigkeit finanzieren können. Das ist vergleichbar mit einem Privathaushalt, der einen Konsumkredit aufnimmt, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Am Ende des Jahres werden wir voraussichtlich einen Schuldenberg von 27 Millionen Euro angehäuft haben. Dies ist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.471 €. Damit haben wir die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung aller verbandsfreien Gemeinden in Rheinland-Pfalz (1.500 €). Die höchste im Kreis Ahrweiler. Ende 2016 wird es noch schlechter aussehen. Mittlerweile bezahlen wir an Zins und Tilgung über 1,1 Mill. €. (Gibt der Durchschnitt der Kommunen in Rheinland-Pfalz pro Kopf 5 Euro mehr aus als sie einnehmen, sind es in der Grafschaft satte 194 Euro.)

Diese wenigen Zahlen zeigen eindeutig, dass wir uns in einer Schieflage befinden. Dass in der Vergangenheit kräftig in eine teils vorbildliche Infrastruktur investiert haben, die wir uns eigentlich bis heute nicht leisten können. Und wir machen weiter. Das Investitionsvolumen von 6 Mill. € beinhaltet 87 Maßnahmen, darin 14 neue mit einem Bedarf von 1,5 Mill. €. (Im Vorjahr nur 3 T €).

Größtenteils sicher vernünftige Maßnahmen, die unsere Infrastruktur weiter verbessern. Vom Kindergarten bis zur Feuerwehr, vom Hochwasserschutz bis zum Dorfgemeinschaftshaus. Wir stellen uns aktiv den aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingssituation, die uns übrigens Netto bedeutend weniger belastet als Land auf Land ab vermutet wird und in der Grafschaft noch marginal ist (66 T €).

Wir investieren in Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in das lebendige und kreative Zusammenleben in den Dörfern, wir unterstützen das ehrenamtliche Engagement und verbessern das Freizeitangebot.

Wir sorgen mit Hochwasserschutz und der Ausstattung der Feuerwehren dafür, dass wir sicherer leben können. Wir zeigen Wege in die Zukunft mit Klimaschutzkonzept und der Initiative „Älter werden in der Grafschaft“. Von der Energieversorgung bis hin zur Modernisierung der Arbeit der Verwaltung und des Rates. Von den Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger bis zu einem Gemeindeentwicklungskonzept stellen wir uns für die Zukunft auf. Aber all das kostet Geld, welches wir noch nicht erwirtschaften.

Und die Liste der angedachten, geplanten und auch unausweichlichen Maßnahmen, die wir bisher nicht im Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung wiederfinden, ist beeindruckend lang. Und das sich dahinter versteckende erforderliche Finanzvolumen ist erschreckend hoch. Je nach Zählweise sind es bis zu 70 Vorhaben. Vom Neubau einer Sporthalle und Dorfgemeinschaftshäusern über den Bau eines sechsten Kindergartens und eines Nahwärmeverbundsystems bis hin zu Sport- und Freizeiteinrichtungen und der möglichen Übernahme kirchlicher Liegenschaften. Alles nicht finanziert, also on Top. Wenn wir davon bis 2019 auch nur einen Teil in Angriff nehmen, und das werden wir müssen, sind alle mittelfristigen Prognosen nur noch Makulatur und der zusätzliche Finanzbedarf enorm. Zudem bleiben die nicht bezifferten Kosten bei der Neuaufstellung im Strombereich und die Frage, ob wir dringend benötigte Wohnbauflächen für die Gemeinde kostenneutral zur Verfügung stellen können. Wer glaubt, den bestehenden Handlungszwang in den alten Ortskernen unserer Dörfer einfach per Mehrheitsbeschluss ignorieren zu können, wird in ein paar Jahren sein böses Erwachen erleben. Und wer mit einem Kahlschlag von über 2.500 Bäumen in unseren Dörfern und deren Neupflanzung den Befindlichkeiten mancher Bürger Rechnung tragen will, der beweist nicht nur seine ökologischen Defizite, sondern legt mit den Kosten (in Millionenhöhe) auch eine finanzielle Zeitbombe in unsere Haushalte.

Es wird immer deutlicher, dass es ein Fehler war, die Hebesätze für die Gewerbesteuer seit 2001 nicht mehr zu erhöhen. Spätestens mit dem Konsolidierungskonzept 2012 hätte dies geschehen müssen. Leider sind die CDU und andere wortbrüchig geworden. Im Laufe der Jahre haben sich die Mindereinnahmen und erhöhten Abgaben zu Millionen addiert. Manches wünschenswerte Projekt haben wir daher nicht realisieren können. So manches Dorfgemeinschaftshaus oder ein neuer Kunstrasenplatz in Vettelhoven ist spätes Opfer der damaligen Fehlentscheidung.

Wir werden nur weiter in zurückhaltendem Maße investieren können, wenn die Entwicklung der Gewerbesteuer mindestens so positiv verläuft wie geplant. Auf die sicherlich notwendige Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit einer dramatischen verbesserten Finanzausstattung für die Kommunen sollten wir uns nicht verlassen.

Im Klartext: Wir werden nur weiter investieren können, wenn die Betriebe in unseren Gewerbegebieten brummen und HARIBO günstigstenfalls so viel zahlt, wie wir uns insgeheim erhoffen. Sicher ist dies aber noch nicht. Dafür gab es schon zu viele böse Überraschungen. Nur dann werden wir auch über Sondertilgungen und Schuldenabbau nachdenken können. Bisher war der Schuldenabbau nur ein guter Vorsatz, den wir wie eine Monstranz vor uns hergetragen haben. Geklappt hat es noch nie.

Zudem: Lagen die hauptsächlichen Belastungen bisher im investivem Bereich, so spüren wir jetzt den Personalkostendruck, den wir mit dem, was wir angestoßen haben, zwangsläufig provoziert haben. Stiegen die Personalkosten im letzten Jahr überwiegend bedingt durch die Übernahme der kirchlichen Kindergärten auf über 6 Millionen €, sind wir im kommenden Jahr schon bei 8 Millionen Euro angelangt. Ein dauerhafter Fixkostenblock von gut 42 %. Und wieder sind es neben den tariflichen Steigerungen die Verbesserungen in den Kindergärten, die den größten Batzen ausmachen. Zusätzliche 7 Stellen für die Öffnung in den Ferienzeiten, die Deckung der allgemeinen Ausfallzeiten und die Kindergartenverwaltung. Dass dieser höchste Standard, den wir für die Kinder und Eltern anbieten und den wir wollen, uns auf Dauer die Personalkosten hochtreiben wird, scheint wohl unvermeidlich. Außerdem werden wir in der Kernverwaltung spürbaren zusätzlichen Bedarf decken und auch wieder einmal im Bauhof nachlegen, was selbstverständlich weitere Ausgaben für den Fuhrpark nach sich ziehen wird. Ein Automatismus, den wir uns irgendwann genauer anschauen sollten

Das fast mit jedem Beschluss des Rates, der einen erhöhten Personaleinsatz der Verwaltung erfordert, angeblich die Grenze von starker Forderung zur Überforderung überschritten wird und daher einiges nicht mehr geleistet werden kann, muss nachdenklich machen. Dies ist nicht im Sinne der Beschäftigten, aber auch für den Rat auf Dauer nicht befriedigend. Daher muss im Interesse aller die von uns eingestellte Organisationsuntersuchung sobald wie möglich umgesetzt werden.

Dieser Haushalt hat strukturelle Probleme. Auf der Einnahme- und auf der Ausgabenseite. Das beweist sich gerade in Zeiten einer guten Konjunktur wie jetzt, wo wir es trotz bester Voraussetzungen nicht schaffen, einen Ausgleich herzustellen. Wie wird es bei einer Verschlechterung der konjunkturellen Lage aussehen? Dieses Szenario mag man sich nicht wirklich vorstellen.

Wir nehmen entweder zu wenig ein für das, was wir vorhaben und uns leisten oder wir leisten uns zu viel bezüglich dem, was wir einnehmen. Wir leben zurzeit über unsere Verhältnisse, in der Hoffnung auf die Zukunft.

Bei anderen Kommunen stellen sich erste Erfolge einer Konsolidierung ein. Wir sind noch weit davon entfernt. Manche scheinen immer noch der Versuchung zu erliegen, jetzt schon das Geld auszugeben, was wir erwarten aber noch nicht haben. Diese Haltung ist ökonomisch brandgefährlich.

Wenn wir gemeinsam beschließen, wir wollen, nur als Beispiel, vorbildliche Qualität im Kindergarten- und Schulbereich (2016: 720 T €), dann sollten wir aber auch offen sagen, was wir dann konsequenterweise nicht machen können. Diese Ehrlichkeit müssen wir uns abverlangen. Das gilt auch für die SPD. Diese Ehrlichkeit und Offenheit sind wir aber auch unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Wer den Eindruck erweckt, es ginge Alles und das auch noch gleichzeitig, verkennt unsere Lage und weckt Erwartungen, die zwangsläufig enttäuscht werden müssen. Machen wir uns nichts vor: Die Summe der fixen Kosten und der geplanten und angedachten Investitionen der kommenden Jahre übertrifft doch möglicherweise schon jetzt die erhofften Einnahmen seitens HARIBO.

Eines ist wohl klar: Wir sind nicht nur unschuldiges Opfer eines ungerechten finanziellen Ausgleichssystems zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Nein, durch unsere Beschlüsse haben wir unsere Situation zuvorderst selbst zu verantworten.

Was wir jetzt brauchen, ist wieder ein Konsolidierungskonzept. Diesmal freiwillig. Wir sollten im nächsten Jahr in Ruhe unsere Einnahme- und Ausgabesituation analysieren und möglichst gemeinsam die erforderlichen Entscheidungen für eine grundlegende Verbesserung unserer finanziellen Lage treffen. HARIBO und ein mögliches FOC werden sicher vieles vereinfachen können, aber unsere finanziellen Probleme werden dadurch nicht auf einen Schlag gelöst. Von dieser Vorstellung sollten wir uns alle im Kopf freimachen. Bloßes Abwarten wird nicht reichen. Wir müssen aktiv neu gestalten.

Dieser Appell gilt auch für die SPD. Selbstverständlich. Auch wir haben Anträge gestellt und den meisten Beschlüssen zugestimmt. Zugestimmt mit dem Ziel, die Gemeinde für die zukünftigen Herausforderungen möglichst gut aufzustellen. Das ist in vielen Bereichen sicherlich gelungen. Dabei sind uns aber die finanziellen Auswirkungen unserer einzelnen Vorhaben in ihrer Summe und Gesamtdimension wohl nicht immer klar gewesen. Ein begleitendes, fortlaufendes Haushaltscontrolling hätte hier geholfen und ist zukünftig notwendig.

Erst eine solche Haushaltsaufstellung offenbart nun in aller Deutlichkeit, dass wir dabei sind, uns ökonomisch zu übernehmen. Doch wir haben die Möglichkeit, die guten und notwendigen Ansätze im Haushalt zu bewahren und fortzuführen und zugleich auch unserer finanziellen Verantwortung gerecht zu werden.

In der Hoffnung, dass im kommenden Jahr die notwendigen Konsolidierungsgespräche zustande kommen und wir auf der Grundlage einer klaren Analyse die notwendigen Entscheidungen treffen werden, stimmen wir dem Haushalt zu.